

Kosten der Finanzmarktdaten explodieren und erfordern Regulierung

VON RUDOLF SIEBEL | GESCHÄFTSFÜHRER UND
FELIX ERTL | ABTEILUNGSDIREKTOR RECHT

Fondsgesellschaften sind gesetzlich verpflichtet, Daten für Börsenpreise, Benchmarks oder Ratings zu nutzen, die von Börsen, Ratingagenturen und großen Index- und (ESG-)Datenanbietern zur Verfügung gestellt werden. Die oligopolistische Marktstruktur und der faktische Kaufzwang für Fondsgesellschaften verleihen den Anbietern eine ungerechtfertigt große Preisgestaltungsmacht.

Assetmanager zahlten für Finanzmarktdaten 2024 weltweit bereits knapp 50 Milliarden US-Dollar. Eine Studie der Londoner Market Structure Partners zeigt für gleiche Kundengruppen Preissteigerungen zwischen 95 und 170 Pro-

zent – allein für die Marktdaten-Lizenzen bedeutender europäischer Börsen.

Die Politik hat zwar die Machtlosigkeit der Nutzer gegenüber den marktbeherrschenden Datenplattformen in zwischen erkannt. Im Zuge der MiFIR-Reform werden derzeit Börsenticker für Aktien und Renten eingeführt, die die Datennutzer unabhängiger von den Datenanbietern machen sollen. Auch die in MiFIR hinterlegte Betonung des Herstellungskostenprinzips sowie das Verbot, Nutzungsarten unterschiedlich zu bepreisen, begrüßen wir.

Doch Gesetzgeber und Börsenaufsichtsbehörden in Europa müssen deut-

licher werden. Wir fordern daher einen ‚EU Data Vendor Act‘, der das Geschäftsgebaren der Datenanbieter reguliert. Denn wenn wir das nicht tun, wird der bereits erhebliche Kostendruck in der Fondswirtschaft noch weiter zunehmen – auch zum Nachteil der Anleger. ■

Weitere Infos

Die komplette Studie mit allen Finanzmarktdaten finden Sie hier:

